



Sonntag, 13. März 2022, 11.30 Uhr

Erlöserkirche, München-Schwabing

Evangelische Akademie Tutzing in Kooperation mit dem Freundeskreis der Evangelischen
Akademie Tutzing e.V.

Kanzelrede:

“Freiheit für jetzige und künftige Generationen – Demokratisches Fundament stärken”

Katharina Schulze, MdL

Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Bayerischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Babys werden in Bunkern geboren. Eine Geburtsstation wird in Mariupol bombardiert. Menschen fliehen. An den Bahnhöfen spielen sich herzerreißende Szenen ab, Väter müssen sich von ihren Kindern und Frauen verabschieden, die sich in Sicherheit bringen und sie selbst müssen in den Krieg ziehen. In einen Krieg, den sie nicht wollen, der von einem Mann begonnen wurde, der Präsident des größten Landes ist, ihm das aber nicht reicht.

Wir sehen Bilder von getöteten und verletzten Menschen, wir sehen zerstörte Städte, Häuser und AKWs. Die Bilder, die Videos, die Nachrichten aus den umkämpften Gebieten sind schrecklich. Auch die Bilder, die wir aus Russland sehen, wo mutige Menschen gegen Putins Krieg auf die Straße gehen, niedergeknüppelt werden und dann weggefahren werden – keiner weiß wohin – tun weh. Und all das lässt mich abends mit banger Herzen einschlafen und morgens mit Sorgen aufwachen. Ich bin mir sicher, Ihnen geht es ebenso.

Denn niemand, niemand sollte so etwas erleben müssen. Das passiert aber gerade, jetzt, in unserer Nachbarschaft, in Europa.

Frieden

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin 36 Jahre alt, komme aus dem schönen Herrsching am Ammersee und ich habe das unglaubliche Privileg, dass ich in Frieden aufwachsen durfte, so wie wahrscheinlich die meisten, die heute hier sind.

Ich freue mich, dass Sie mich eingeladen haben und dass ich heute zu Ihnen sprechen darf. Dass ich meine Meinung kundtun, dass ich gegen Krieg und für Frieden demonstrieren kann, dass ich in einer Demokratie lebe, dass ich abends meinen kleinen Sohn im Warmen ins Bett bringen kann – viele Menschen in der Ukraine können das im Moment nicht. Die Verantwortung dafür trägt allein ein Mann: Wladimir Putin. Sein Angriff auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig. Er hat einen bestialischen Krieg begonnen, der endlich aufhören muss.

Wir erleben auf Social Media fast live den Krieg in der Ukraine mit – und ja, in vielen Momenten fühlt man sich sehr, sehr hilflos. Das sind wir aber nicht: Wir können den Menschen, die vor Putins Bomben zu uns fliehen, helfen und sie unterstützen. Ich dankbar für das große Engagement der vielen Menschen, die spenden und Zimmer zur Verfügung stellen. Ich bin dankbar, für das große Engagement der Institutionen, der Sozialverbände, der Kirchen, die in dieser humanitären Not erneut anpacken.

Wir können – und müssen – auch viel tun, um unabhängig zu werden von fossiler Energie. Energiepolitik ist nicht nur Klimaschutz, sondern auch Sicherheitspolitik. Bayern hat in der Vergangenheit jährlich bis zu 5 Mrd. Euro für Öl- und Gaslieferungen aus Russland bezahlt. Eine immense Summe, die nicht nur unsere Abhängigkeit verdeutlicht, sondern die uns in der aktuellen Situation auch schmerzlich vor Augen führt, wie leichtfertig wir mit unserem fossilen Energiehunger ausländische Kriegskassen füllen. Schneller rein in die Erneuerbaren Energien muss also das Ziel sein!

Ich finde es gut, dass die Bundesregierung, die europäische Union und ihre Partner unmissverständliche Sanktionen beschlossen haben und wenn das nicht reicht, um den Krieg zu beenden, müssen weitere Sanktionen folgen.

Und ja, auch wenn diese Aussagen für eine Grüne im ersten Moment für einige vielleicht überraschend kling: Ich halte die Waffenlieferungen an die Ukraine für richtig und wichtig, um denen zu helfen, die in der Ukraine um ihr Land und ihr demokratisches System

kämpfen. Wenn sich die weltpolitische Realität so gravierend ändert, müssen wir bereit sein, unsere Prinzipien zu hinterfragen und Verantwortung übernehmen. Und genau das tun wir.

Der Angriff auf die Ukraine, zeigt uns doch erneut schmerzhaft: Frieden ist nicht selbstverständlich, auch nicht in Europa. Ein Grund, warum Putin seinen Invasionskrieg führt: Er fühlt sich bedroht durch den demokratischen Geist. Für uns heißt das: Wenn wir Freiheit, Demokratie und Menschenrechte als unsere zentralen Wertekanon begreifen, müssen wir ihn auch nach außen leben. Das bedeutet auch, dass wir Staaten auf dem Weg zu einer weltoffenen, demokratischen Gesellschaft unterstützen müssen.

Demokratie

Die Demokratie ist unter Druck – von außen und von innen. Die Bertelsmann Stiftung untersucht regelmäßig mit dem Transformationsindex BTI die Lage der Staaten weltweit. Erstmals seit 2004 verzeichnen sie mehr autokratische als demokratische Staaten. Das ist höchst alarmierend.

Wir müssen also aufpassen, dass wir unsere Demokratie für nicht selbstverständlich nehmen und weiter dafür arbeiten, dass alle Menschen gleiche Chancen, gleiche Rechte haben – und dass sie in Freiheit und Frieden leben können.

In Freiheit zu leben, bedeutet für mich, dass jeder Mensch selbstbestimmt und frei das eigene Leben gestalten kann, leben und lieben, wie und wen er oder sie will.

Es reicht dabei jedoch nicht aus, auf die Freiheit Einzelner zu schauen. Freiheit in einem demokratischen und liberalen Staat meint nämlich gerade nicht Willkürfreiheit und das Recht des Stärkeren; sondern eine Idee von Freiheit, die an Vernunft und Verantwortung gebunden ist. Natürlich kann jede und jeder in seinem privaten Bereich tun, wonach ihm oder ihr ist – solange das nicht zu Lasten von anderen geht.

Diese – in meinen Augen einfache und selbstverständliche – Definition teilen nicht alle. Gerade in der Corona-Pandemie können wir das live und Farbe hier in unserer Gesellschaft miterleben. Da gibt es einige, die schreien nach einem „Freedom Day“. Dieser Begriff „Freedom Day“ suggeriert, dass wir seit zwei Jahren unfrei leben würden. Das verhöhnt doch alle, die in autoritären oder totalitären Staaten leben. Historisch kommt der Begriff aus Südafrika und steht dort für das Ende von Kolonialismus und rassenideologischer Apartheid und für den demokratischen Aufbruch. Mit dem Begriff wird das Narrativ der „Querdenker“ übernommen, dass wir in einer Corona-Diktatur leben würden. Das ist Quatsch.

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie es mich hier und heute nochmal sehr deutlich sagen: Auch während Corona sind wir hier in Deutschland frei. Während der gesamten Pandemie tagen die Parlamente, entscheiden Gerichte, es gibt eine handlungsfähige Exekutive. Bei den Maßnahmen fand immer eine schwierige demokratische Abwägung statt, bei der es darum ging, Menschen vor schwerer Krankheit oder dem Tod zu schützen. Vorübergehende Freiheitseinschränkungen wurden als notwendig angesehen, weil die persönliche Freiheit dort endet, wo sie andere Menschen gefährdet oder in ihrer Freiheit einschränkt. Das hatte persönliche Einschränkungen zur Folge, die für alle schwer und für manche überwältigend waren. Und ja, manche Einschränkungen waren sehr schmerzhaft. Wenn man seine sterbende Mutter 2020 im Pflegeheim nicht besuchen durfte, war das grausam für alle Betroffenen. Und manche Einschränkungen, wie z.B. das zwischenzeitliche Verbot in Bayern, sich allein nicht auf eine Parkbank zu setzen, waren auch einfach unsinnig. Da hat nicht nur die Verhältnismäßigkeit nicht gestimmt, sondern auch der konkrete Wirkungsgrad gefehlt. Da

hätte es mehr Besonnenheit und politische Kreativität gebraucht, um das eigentliche Ziel zu erreichen, nämlich die Bevölkerung wirksam zu schützen.

Wir sehen also deutlich: Freiheit, Verantwortung und Sicherheit ins richtige Verhältnis zu setzen ist nicht immer leicht. Vor allem nicht in einer komplexen und neuartigen Situation. Das wird aber auch in Zukunft immer wieder die Aufgabe in einer Demokratie sein. Corona ist noch nicht vorbei, die parallelen Krisen Artensterben und Klimawandel gehen nicht weg und die Attacken auf die Demokratien von autoritären und totalitären Staaten werden eher mehr und nicht weniger. Sicherheit hat in einem Rechtsstaat, in unserer Demokratie, eine Dienstfunktion für die Freiheit. Dennoch kann es passieren, dass sicherheitsrelevante Maßnahmen gleichzeitig Freiheitsrechte beschneiden – im Sinne des Gemeinwohls.

Das verhältnismäßig auszubuchstabieren und immer wieder zu erklären wird eine große Aufgabe von allen in Verantwortung – auch den Medien. Denn Pressefreiheit und Meinungsfreiheit sind ja in einer Demokratie ebenfalls zentrale Werte. Wir sehen ja gerade: In Russland gibt es das faktisch nicht mehr. Putins Apparat hat freie Berichterstattung und Information buchstäblich in Ketten gelegt. Unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat dazu am Donnerstag sehr treffend gesagt: „Wer das Licht der Information aussperren muss, der braucht offenbar Finsternis für das, was er tut.“ Wir alle gemeinsam sind gefordert, dieses Licht auch bei uns tagtäglich zu verteidigen. Wenn wir nicht wachsam sind, wenn wir nicht aktiv gegen Desinformation, Hate-Speech und Angriffe gegen die Meinungsfreiheit vorgehen, erlischt es. Die Feinde der Meinungsfreiheit und einer demokratischen Informationsgesellschaft werden dafür sorgen.

Sie sehen also, wir haben viel vor uns. Unsere Demokratie hat viel vor sich. Und das alles passiert in Zeiten, in denen die Individualisierung weiter fortschreitet. Je mehr Individualisierung, desto mehr müssen Politik, Zivilgesellschaft, Religionen ihre Gemeinschafts- und Integrationsfunktion leben. In einer verunsicherten und von externen Krisen wie Corona und dem Krieg in der Ukraine erschütterten Gesellschaft brauchen wir dringend alle Bindungskräfte. Ganz besonders auch die der Kirchen. Denn die Kirchen bringen Menschen zusammen, sie sorgen für Halt. Dort, wo es ums kurze Festhalten und wieder aufrichten geht. Und dort, wo es darum geht, den tiefen Fall ins Nichts aufzufangen. Bei Menschen, die während Pandemie einsam waren und in der Kirchengemeinde ihre einzigen persönlichen Kontakte haben. Bei Menschen, die mit einem Koffer und mit der Angst um die Zurückgebliebenen aus ihrem Leben fliehen mussten. Bei Menschen, denen wir die Hoffnung geben müssen, dass wir mit Entschlossenheit, Mut und gemeinsamen Anpacken die Welt ein Stück besser machen können.

Parlament

Auch braucht eine plurale Gesellschaft wie unsere Institutionen, die zu ihr passen, und die wichtigste Institution unserer Demokratie ist das Parlament. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, als ich 2013 das erste Mal in den Landtag gewählt wurde und den Brief des Wahlleiters in meiner WG aufgemacht habe und dort – im nüchternen Beamtendeutsch geschrieben – las: „Der Landeswahlausschuss hat in seiner heutigen Sitzung gemäß § 70 Abs. 2 Nr 10 der Landeswahlordnung festgestellt, dass Sie bei der Wahl zum 17. Bayerischen Landtag am 15. September 2013 als Wahlkreisbewerberin der Partei „BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN“ im Wahlkreis Oberbayern gewählt wurden. Gemäß Art. 48 Landeswahlgesetz (LWG) verständige ich Sie hiervon.“ Aha, dachte ich mir, jetzt ist es also so weit. Nur, was das genau bedeutete, konnte ich mir nicht so richtig vorstellen.

Denn natürlich hatte ich vorher oft die Vorurteile gehört: Da geht alles so langsam, alles ist total bürokratisch und außerdem sitzt ja eh nie ein Abgeordneter im Plenarsaal bei den

Abstimmungen. Viele Vorwürfe fand ich schon damals übertrieben, und ich hoffte, dass sich nichts davon bewahrheiten würde. Natürlich sind Demokratie und die Arbeit im Parlament teilweise langsam. Abstimmungen, Aushandlungen, Kompromisse finden, Anträge und Gesetzentwürfe schreiben – das alles kostet natürlich Zeit. Und es ist auch bürokratisch. Als ich das erste Mal eine sogenannte Schriftliche Anfrage einreichen wollte, waren mein Büro und ich sehr erstaunt, was alles nötig ist, um der Staatsregierung eine einfache Frage zu stellen. Aber wie will man auch anders ein gerechtes System schaffen, in dem Opposition und Regierung die gleichen Rechte haben? Natürlich braucht es dafür verbindliche Regeln und Transparenz.

Trotz meiner jetzt mittlerweile acht Jahren Landtagszugehörigkeit bin ich – mit einigen Höhen und Tiefen – aber immer noch eine glühende Verfechterin der parlamentarischen Demokratie. Weil ich der festen Überzeugung bin, dass dieses System gerade für moderne und vielfältige Gesellschaften der beste Weg zur demokratischen Willensbildung ist. Wie sollen wir auch sonst die verschiedenen Wünsche, Bedürfnisse, Ansichten und Forderungen einer pluralen Gesellschaft bündeln und organisieren? Allerdings ist nichts so gut, dass man es nicht noch verbessern könnte. Meiner Meinung nach müsste das System an einigen Stellen neu justiert werden.

Update Wahlalter 16

Eine dieser Stellen ist das Wahlrecht. Wir sollten die Altersgrenze für das aktive Wahlrecht auf mindestens 16 Jahre absenken, gerne auch noch weiter nach unten. Denn diese Altersgrenze ist willkürlich. Das Menschenbild in einer aufgeklärten und emanzipierten Gesellschaft ist das einer mündigen Bürger*in, die Verantwortung für sich selbst, für andere und auch für die Gesellschaft übernimmt. Wir fordern das zu Recht von jungen Menschen ein. Deshalb sollten wir auch so konsequent sein, ihnen das Recht zu geben, Verantwortung zu übernehmen. An den Schulen muss deswegen politische Bildung einen viel größeren Stellenwert bekommen: Nicht über die Vermittlung von Wissen, sondern indem es mehr Raum für Debatten über politische Themen gibt. Und ganz praktisch, indem die Schüler*innen mehr bei der Gestaltung und Organisation ihrer Schulen mitsprechen dürfen. Politische Bildung in diesem weiteren Sinn ist die Schlüsselqualifikation für demokratisch und frei denkende Menschen der Zukunft. Davon profitieren also nicht nur Einzelne, sondern die gesamte Gesellschaft.

Update Parität in den Parlamenten

Wenn wir uns die Zusammensetzung der Parlamente ansehen, dann sind sie nur bedingt ein Spiegelbild der Gesellschaft. Die Vielfalt an kulturellen und sozialen Milieus wird nur geringfügig abgebildet. Was mich besonders ärgert: Seit jeher ist die Hälfte der Bevölkerung weiblich. Und seit jeher sind in Deutschland deutlich weniger als die Hälfte der Abgeordneten Frauen – derzeit befinden sich im Bundestag nur knapp 35%, im Bayerischen Landtag 27%. Das muss besser werden.

Ich halte das für eine fortgesetzte Verletzung elementarer demokratischer Rechte, die wir nicht mehr durch Appelle heilen können. Nach jeder Wahl wird der zu geringe Anteil von Frauen beklagt, sobald es aber an die Aufstellung der Listen und der Direktkandidat*innen geht, grüßt das männliche Marmeladentier.

Der im Artikel 3 des Grundgesetzes formulierte Anspruch ist keine unverbindliche Empfehlung, sondern eine Handlungsanleitung: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Wir brauchen für unsere Demokratie hier also ein Update: Frauen sind die Hälfte der Bevölkerung und damit haben

sie jedes Recht an der Hälfte der Macht beteiligt zu sein, die gleichen Ressourcen und die gleichen Chancen auf Teilhabe zu haben. Das führt zur besseren Qualität von Entscheidungen und bringt unterschiedliche Sichtweisen an einen Tisch – all das was wir dringend brauchen, um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen.

Deshalb ist es an der Zeit, das Wahlrecht dahingehend zu ändern, dass Frauen gemäß ihrem Anteil in den Parlamenten vertreten sind. Als Grüne im Bayerischen Landtag haben wir einen Parität-Gesetzentwurf eingebracht – ich nenne es ja immer "Hälfte-der-Macht"-Gesetz. Denn genau darum geht es: um die gerechte Verteilung von Macht und damit Abgabe von Privilegien. Wahrscheinlich wird es sie jetzt nicht überraschen, dass die Regierung unseren Vorschlag abgelehnt hat, aber ich verspreche ihnen: wir und ich bleiben dran. Denn ich weiß, Gleichberechtigung wird einem nie geschenkt, fällt nicht vom Himmel, sondern das müssen wir uns als Gesellschaft erkämpfen – und frau braucht einen langen Atem. Das zeigt die Frauenbewegung sehr deutlich und ich bin dankbar für die vielen mutigen Frauen, die sich schon vor über 100 Jahren für Frauenrechte eingesetzt, die für uns Menschenrechte wie das Wahlrecht erkämpft haben und ohne die wir Feminist*innen heute die Grundlage fehlen würde. Dafür vielen, vielen Dank – auch ganz persönlich: Wer weiß, ob ich sonst heute hier als Fraktionsvorsitzende der zweitstärksten Kraft in Bayern stehen würde ...

Direkte Demokratie

Ein Staat, der auf Augenhöhe mit seinen Bürger*innen agiert, sollte Engagement fördern und nicht bremsen. Ich halte deshalb plebiszitäre Instrumente, wie Bürger*innenräte und Bürger*innen- und Volksentscheide, für eine sehr gute Ergänzung zur parlamentarischen Demokratie. Diese aktive Rolle der Bürger*innen macht die Demokratie stärker – und zwingt die Politiker*innen, sich mit Themen zu beschäftigen, die die Menschen umtreibt. Bisher habe ich das aus den verschiedensten Perspektiven erlebt: Ich habe Bürgerbegehren organisiert und gewonnen und als Parlamentarierin die Volksbegehren der Bürger*innen im Landtag diskutiert – und jedes Mal hat die Demokratie gewonnen und damit unsere Gesellschaft.

Starke Institutionen

Außerdem braucht unsere Demokratie starke und durchsetzungsfähige Institutionen, die uns vor Schaden bewahren. Staatliche Institutionen, die regulierend eingreifen und uns schützen. Unsere Freiheit und Selbstbestimmung werden auch durch Behörden verteidigt, weil sie für faire Regeln sorgen. Dazu gehören eine gut ausgestattete Polizei und Justiz, ein funktionierendes Gesundheitssystem (und nein, Gesundheitsämter, die in einer Pandemie per Fax kommunizieren, sollten der Vergangenheit angehören!), ein durchlässiges Bildungssystem, das fragt, wohin du willst und nicht woher du kommst und starke Kommunen, offene Rathäuser, denn die sind besonders nah bei den Menschen, vor allem im ländlichen Raum.

Für all das trägt die Politik Verantwortung. Sie hat es in der Hand unsere Institutionen so finanziell, personell und ressourcenmäßig auszustatten, dass sie ihren Aufgaben gut nachkommen können. Sie hat es in der Hand die passenden rechtlichen Rahmenbedingungen bereitzustellen, so dass alle in Vielfalt, Freiheit, und Sicherheit leben können.

*Demokrat*innen*

Und: Eine starke Demokratie braucht vor allem Demokratinnen und Demokraten. Uns alle, die ihre Demokratie verteidigen, weiterentwickeln und schützen. Die Demokratie zu

schützen, bedeutet Haltung zu bewahren und sich entschieden allen entgegenzustellen, die Freiheit und Menschenwürde in Abrede stellen. Online wie offline muss gegen Hass und Hetze vorgegangen werden.

Es ist Aufgabe des Staates die vielen zivilgesellschaftlichen Akteure zu unterstützen, die das jeden Tag machen. Ist es nicht peinlich, dass das reiche Bundesland Bayern kein eigenes Landesprogramm zur Stärkung der Zivilgesellschaft hat? Die Bildungsarbeit in den Schulen, Kirchen, Gewerkschaften, Verbänden und Vereinen, die demokratische, humanistische und freiheitliche Werte in den Mittelpunkt ihrer politischen Bildung stellen, müssen mehr gefördert werden. Denn dort kommen Menschen zusammen, dort begegnen sie sich, dort lernen und lehren sie, dort bauen sie Vorurteile ab, dort wachsen sie über sich hinaus. Das kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen: Ich hatte viele prägende Momente, während meiner Konfi-Zeit in der Erlöserkirche Herrsching und danach, als ich noch lange im Gospelchor mitgesungen habe.

Demokratie stärken, bedeutet auch erinnern. Da es immer weniger Überlebende des Holocausts noch gibt, muss dringend die Erinnerungsarbeit und -kultur besser gefördert und weiterentwickelt werden. Ich werde nie das Gespräch mit dem Holocaust-Überlebenden Max Mannheimer vergessen. „Ihr seid nicht schuld an dem, was war, aber verantwortlich dafür, dass es nicht mehr geschieht.“. Das gilt weiterhin.

Abschluss

Vielleicht hat meine Entschlossenheit unsere Demokratie zu verteidigen auch mit meiner Schule zu tun. Denn ich bin stolze ehemalige Schülerin des Christoph-Probst-Gymnasiums. Der Namensgeber meiner Gilchinger Schule gehörte neben Hans und Sophie Scholl, Alexander Schmorell, Willi Graf und Prof. Kurt Huber der Weißen Rose an. Die Weiße Rose war eine studentische Widerstandsgruppe gegen das Naziregime. Alle leisteten Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur und wurden dafür hingerichtet.

Dort habe ich gelernt, wie wichtig Zivilcourage ist. Wie zerbrechlich eine Demokratie sein kann. Und dass man Demokratiefeinden von Anfang an konsequent entgegentreten muss. Streng genommen bin ich also Antifaschistin seit dem ersten Schultag in der fünften Klasse. Ich erinnere mich an den Tag noch gut: Wir standen in der großen Aula und ich war wahnsinnig aufgeregt. Ich wechselte schließlich von der 4b in die 5e. Außerdem waren so viele neue Leute da, es war so eine große Schule und dann ... dann haben wir alle eine weiße Rose bekommen. Ich kann mich nicht mehr genau daran erinnern, was der Rektor uns damals über die Weiße Rose erzählt hat, sicherlich ganz viele Fakten. Ich kann mir nur noch das Gefühl vergegenwärtigen, das ich empfand: Der, der so heißt wie die Schule, hat Rückgrat bewiesen. Und du darfst jetzt auch auf diese Schule gehen. Das ist eine Ehre. Und eine Verpflichtung. Und genauso empfinde ich es noch heute.

Bewahrung der Schöpfung

Sehr geehrte Damen und Herren,

im christlichen Sinne sagt man die Bewahrung der Schöpfung, in der Wissenschaft spricht man vom Schutz der biologischen Lebensgrundlagen und in den Vorstandsetagen der Unternehmen geht es um nachhaltiges Wirtschaften. Fast jede und jeder spricht darüber. Aber tun wir alle genug?

Lassen Sie mich mit einer Anekdote beginnen: Eines meiner ersten Projekte 2009 als damals frisch gewählte Vorsitzende der Grünen Jugend München war eine Reise. Sie führte uns zur UN-Klimakonferenz nach Kopenhagen. Dort sollte der Durchbruch erzielt werden:

Ein klarer und verbindlicher Fahrplan der internationalen Staatengemeinschaft, wie der Anstieg der Erdüberhitzung auf unter zwei Grad beschränkt werden sollte. Die Hoffnungen waren groß und unser Elan ebenfalls. Wir trafen uns am Münchner Hauptbahnhof – voll bepackt, denn natürlich mussten zwei Eisbärenkostüme mit. Wir wollten dabei sein und den Verhandler*innen ein deutliches Zeichen setzen: Act now! Fight climate Change! Angekommen stürzten wir uns in die Workshops, die Diskussionsrunden und die vielen Demonstrationen. Wir trugen ein Banner mit uns, auf dem 250 Münchner*innen für konkreten Klimaschutz unterschrieben hatten. Ich erinnere mich noch gut an die eisige Kälte, die müden Füße und die heißen Köpfe von den vielen Diskussionen. Und ich erinnere mich noch an die große Enttäuschung, als die Staatenlenker keinen konkreten Reduzierungsplan vorgelegt haben, sondern lediglich unverbindliche Absichtserklärungen. Wir fuhren also wieder zurück, mit den zwei Eisbärenkostümen und dem Banner im Gepäck – und dem festen Willen, weiter Druck zu machen für ein besseres Klima. Und jetzt – über zehn Jahre später – ist das Thema endlich stärker in den Fokus gerückt.

In Paris wurde sich 2015 auf das 1,5 Grad Ziel völkerrechtlich verbindend verständigt. Jetzt werden Sie vielleicht sagen, na gut, 1,5 Grad sind ein wichtiges Ziel. Wenn es am Ende 2,5 oder drei Grad werden ist das zwar nicht schön, aber das kriegen wir dann schon irgendwie hin. Leider ist es bei der Klimaüberhitzung nicht so wie bei Tarifverhandlungen, wo die eine Seite dieses fordert und die andere Seite jenes. Am Ende einigt man sich in der Mitte und alle sind einigermaßen zufrieden. Beim Erdklima ist das anders. Es gibt keinen Kompromiss und keinen Interessenausgleich. Am Ende zählt, ob wir es rasch genug schaffen, die Konzentration von Klimagasen in der Atmosphäre zu verringern und den Anstieg der Temperatur auf ein verträgliches Maß zu begrenzen. Es gibt in diesem Konflikt auch keine Sieger und keine Besiegten. Entweder wir schaffen es, das Klima wirksam zu schützen, dann haben wir alle gewonnen. Oder wir schaffen es nicht, dann haben wir alle verloren – auch wenn die Konsequenzen einen Teil der Weltbevölkerung härter treffen werden als den Rest.

Jetzt mag die Eine oder der Andere zu Recht sagen. Ja gut, aber es sieht doch grad nicht gut aus: Der CO₂-Austoß in Deutschland steigt, Arten sterben aus und wir verlieren jeden Tag in Bayern 11,6 Hektar Fläche.

Sie haben Recht. Wir sind zu langsam. Das bisherige Tempo unserer umweltpolitischen Fortschritte reicht nicht. Deshalb könnte man eigentlich erwarten, dass zumindest unter den Parteien, die sich von der Vernunft und nicht von Verschwörungstheorien leiten lassen, der Konsens besteht: Wir müssen etwas dagegen tun. Leider ist das nicht so. Der Soziologe Ulrich Beck hat einmal in Bezug auf die Gleichberechtigung der Geschlechter den Männern „verbale Aufgeschlossenheit bei gleichzeitiger Verhaltensstarre“ bescheinigt. Eine sehr treffende Beschreibung. In der Ökologiepolitik gibt es die Verhaltensstarre auch. Gerne kaschiert vom medienwirksamen Bäumeumarmen, das reicht aber nicht.

Erinnern Sie sich an das uralte grüne Plakat – von 1983 übrigens – auf dem ein Kind ein Haus, ein Baum, eine Sonne gemalt hat und unten drunter steht: „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“?

Der Satz sitzt. Der Satz drückt aus, was eigentlich unser aller Antrieb sein sollte. Der Satz drückt aus, dass wir vergänglich sind, unsere Taten aber nicht. Dass wir, die jetzt sind, verantwortlich sind für kommende Generationen, für die Kinder und Enkelkinder.

Das sagt auch das Bundesverfassungsgericht. Bei seinem wegweisenden Beschluss vor fast genau einem Jahr übte er Kritik an dem Klimaschutzgesetz der GroKo, denn deren Maßnahmen reichen nicht aus und verletzen deshalb die Freiheitsrechte der nachfolgenden Generation. Unser Verhalten jetzt schränkt die Freiheit der nachfolgenden Generationen ein. Und das darf nicht sein.

Wer das Klima schützt, schützt die Freiheit. Künftiger Generationen, aber auch im Hier und Jetzt. Putins Krieg in der Ukraine führt uns das schmerzhaft vor Augen: Unsere fossile Abhängigkeit ist auch die Abhängigkeit von einem Despoten. Nie wieder dürfen wir uns erpressbar machen durch autoritäre Regime. Deshalb ist es keine Option, jetzt einfach Gas aus Russland durch Gas aus Katar oder Aserbaidschan zu ersetzen. Wir wären immer in der Gefahr, dass Freiheit, Menschenrechte und Demokratie hinter unserer Abhängigkeit zurückstehen. Wirklich frei entscheiden wir nur ohne die Öltanker und Gas-Pipelines, die uns Fesseln anlegen. Wind und Sonne sind die Lösung. Wind und Sonne könnten nicht von Diktatoren vereinnahmt werden. Wind und Sonne gehören niemandem, sind für uns alle da.

Darum muss jetzt gehandelt werden. Dringend. Es braucht eine tiefgreifende Veränderung der Art und Weise, in der wir Energie erzeugen, wie wir wohnen, wie wir Mobilität organisieren und wirtschaften. Wir müssen die sozial-ökologische Transformation zum Erfolg bringen. Und zwar schnell. Es braucht also einen Green Deal – auch in Deutschland und auch in Bayern. Um ein paar Stichpunkte zu nennen:

Ausbau der erneuerbaren Energien durch Abschaffung des Windkraftverhinderungsgesetz 10h, Solarpflicht auf allen Neubauten, Solardächer auf Schulen und Rathäusern. Ausbau der Stromleitungen, Wärmegesetz für Bayern. Ausbau des ÖPNVs, Mobilitätsgarantie für Bayern, E-Ladesäulennetz. Agrarwende. Das ist viel. Das wird anstrengend. Das wird intensiv. Aber wenn wir uns jetzt gemeinsam auf den Weg machen, wird es gut.

Dabei ist mir wichtig, dass wir bei der Transformation das Soziale nicht vergessen: Bei dem Umbau müssen wir alle mitnehmen. Schon heute leiden Menschen mit geringerem Einkommen mehr unter den Folgen der Klimakrise, während Menschen mit höherem Einkommen das Klima übermäßig belasten. Die negativen Folgen haben alle zu tragen. Deswegen braucht es einen sozialen Ausgleich zum Beispiel bei den Energiekosten, denn Klimaschutz muss für alle möglich und bezahlbar sein.

Zusammenfassend: Es geht um die richtigen Rahmenbedingungen für alle, anstatt um das schlechte Gewissen jedes einzelnen. Und genau dafür ist die Politik zuständig.

Abschluss

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Und unsere Demokratie von unseren Eltern. Diese Grundsätze treiben mich an.

Lieber Herr Hahn, liebe Frau Grande, ich danke Ihnen und der Evangelischen Akademie Tutzing sowie dem Freundeskreis der Akademie sehr für die Einladung heute und die Möglichkeit meine Gedanken mit Ihnen zu teilen.

Ich hoffe, ich konnte deutlich machen, dass weder Frieden noch Demokratie selbstverständlich sind, aber dass wir auch nicht machtlos sind, uns autoritären Tendenzen im Inneren und im Äußeren entgegenzustellen. Ich hoffe, ich konnte Ihnen ein paar Gedankenanstöße geben, was unser demokratisches Fundament stärkt, und dass wir auch in der momentanen Zeitenwende die Chance haben, die Dinge für unsere Kinder und Enkelkinder besser zu machen. Ich bin überzeugt: Je widerstandsfähiger wir werden, umso freier können wir und unsere Nachkommen leben.

Wichtig ist mir auch: Politik ist nie alternativlos. Weder in Sachfragen noch in Machtfragen. Es gibt oft viele verschiedene Wege. Manchmal auch ganz schwierige Dilemmata, wie wir mit Blick auf die Ukraine sehen.

Der zivilisierte Streit um den richtigen Weg – ein Wesenszug der Demokratie – ist keine Fehlentwicklung. Mitmachen und Mitbestimmen vieler Menschen macht unsere Gesellschaft stark und zukunftsfest – und da ist jeder herzlich eingeladen. Wie heißt es so schön: Du bekommst die Welt nicht besser gemeckert, du musst sie besser machen!

In diesem Sinne: Bemühen wir uns gemeinsam, sie besser zu machen!

Vielen Dank.